



**global news 3350 17-08-15: Asylbewerber: Jedes Jahr sechs
Großstädte?**

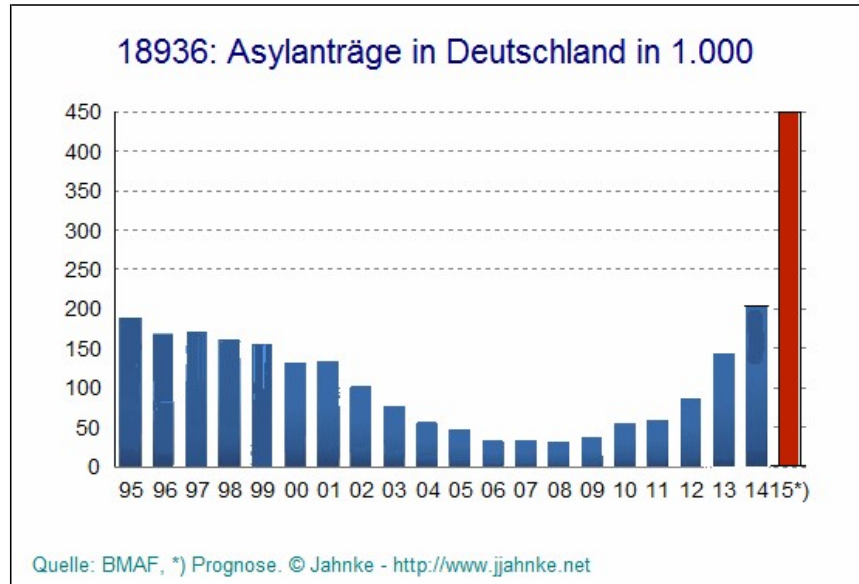
([hier](#) zur pdf.Fassung zum Ausdrucken)

Das Thema Asyl und Asylmißbrauch gehört in Deutschland zu den besonders sensiblen. Wer sich hier aus der Deckung wagt, kann schnell als Rechtsradikaler gescholten werden. Für mich ist das kein Tabu-Thema, schon wegen der gewaltigen damit verbundenen Probleme und der vielen Falschinformation durch die Medien.

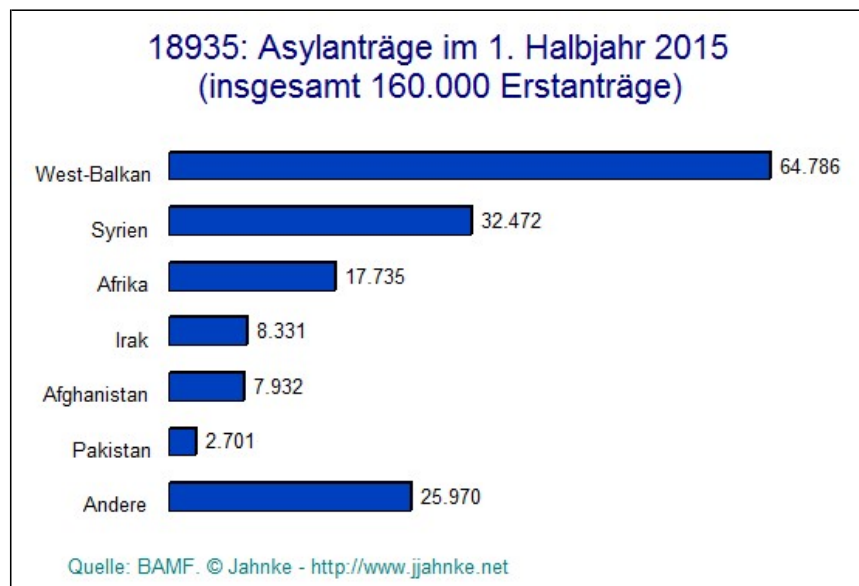
**1. Immer mehr Asyl-Anträge:
Deutschland an der Spitze des Zuwachses**

Im vergangenen Jahr wurden 203.000 Asylanträge gezählt. Für dieses erwartet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bisher 450.000 (Abb. 18936). Eine neue Prognose soll in dieser Woche veröffentlicht werden. Der bayerische Innenminister Herrmann rechnet bereits mit 600.000. Schon bei 500.000 Asylanträgen würde Deutschland in diesem Jahr auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl an die Spitze des europäischen Feldes rücken, gleichauf mit Schweden. Im ersten Halbjahr 2015 sind die Anträge in Deutschland um 127 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen, in Schweden dagegen um 11 % gefallen. Schweden wird von den deutschen Asylbefürwortern sonst immer vorgeführt, um auf der Basis von Asylanträgen pro Einwohnerzahl die deutschen Zahlen zu bagatellisieren. So meldete die ZEIT noch im Mai dieses Jahres unter dem Titel "Wie mit Flüchtlingszahlen Politik gemacht wird": "Asylbewerberzahlen steigen. Politiker nutzen sie, um Angst vor Flüchtlingen zu schüren. Die Statistik belegt, wie unbegründet das ist. Setzt man die Zahlen ins Verhältnis zur Bevölkerung des jeweiligen Landes, befindet sich

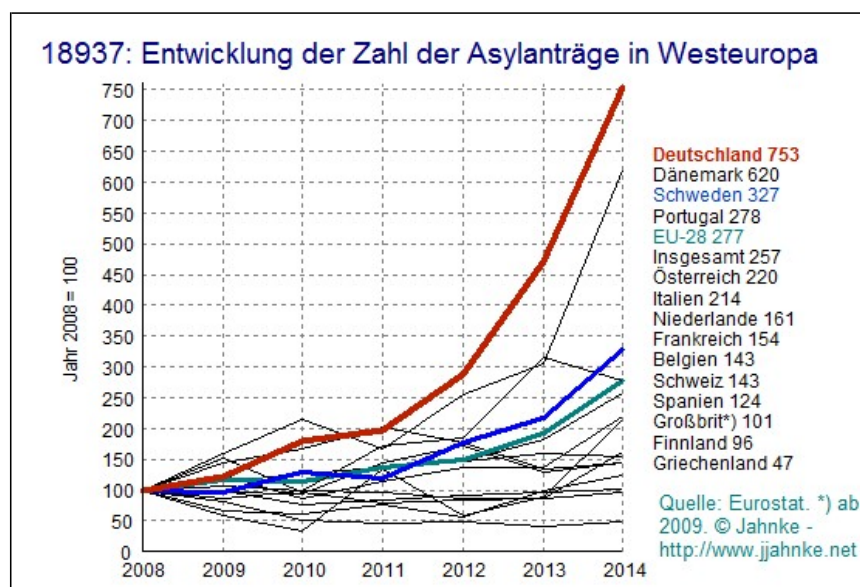
Deutschland in der Rangliste in Wahrheit weit hinter Schweden erst an neunter Stelle". Da macht sich die ZEIT um ihrer eigenen Polemik willen für den eindeutigen Trend blind oder hatte der Journalist keine Lust, den Daten von Eurostat nachzugehen?



Die meisten Anträge werden nach den Zahlen für das erste Halbjahr 2015 mit einem Anteil von 41 % von Bewerbern aus den relativ sicheren Balkanländern gestellt, vor denen aus Syrien mit 20,3 % (Abb. 18935).



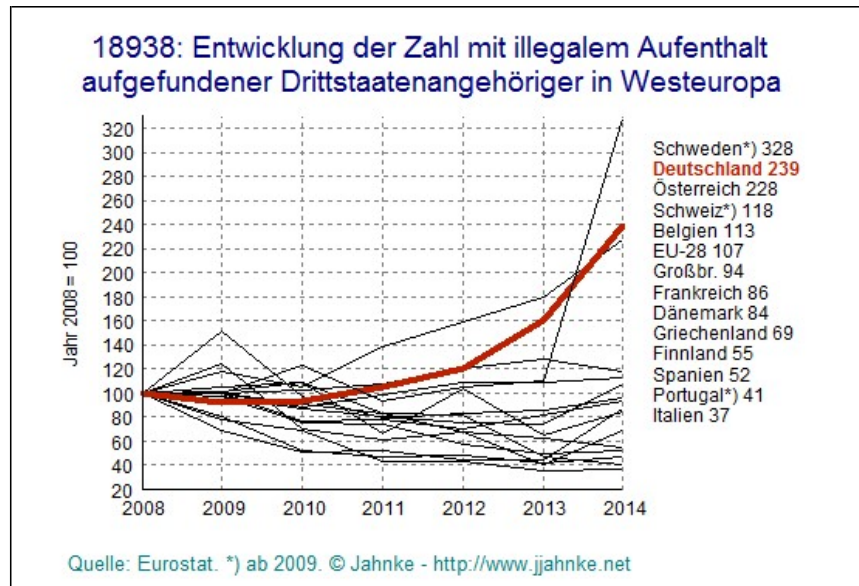
Deutschland ist im internationalen Vergleich Westeuropas für Asylbewerber besonders attraktiv. Asylverfahren dauern hier besonders lange, bevor es eventuell zu Abschiebungen kommt, und die Versorgung der Asylanten ist vergleichsweise gut. Außerdem liegt Deutschland geographisch in Westeuropa dem Einfallstor für viele Asylsuchende, besonders vom Balkan und aus Syrien, besonders nahe. So hat sich die Zahl der Anträge seit 2008 fast verachtfacht, während sie sich in der EU weniger als verdreifacht und selbst in Schweden nur etwas mehr als verdreifacht hat (Abb. 18937). Einige Länder haben es geschafft, den Zulauf von Asylsuchenden erheblich zu bremsen; das gilt für Frankreich, Belgien, die Schweiz und vor allem Finnland und Großbritannien, zwei Länder ohne jeden Zuwachs.



Von den Erstantragstellern des Jahres 2014 waren fast zwei Drittel (63,2 %) Muslime und fast ein Viertel (24,6 %) Christen.

Hinzu kamen im vergangenen Jahr 128.000 mit illegalem Aufenthalt in Deutschland aufgefundene Drittstaatenangehörige. Hier verzeichnet Deutschland mit einer Steigerung seit 2008 um fast 140 % nach Schweden die stärkste Entwicklung in Westeuropa (Abb. 18938). Die Dunkelziffer der

nicht aufgefundenen Illegalen ist wahrscheinlich um ein Mehrfaches höher.



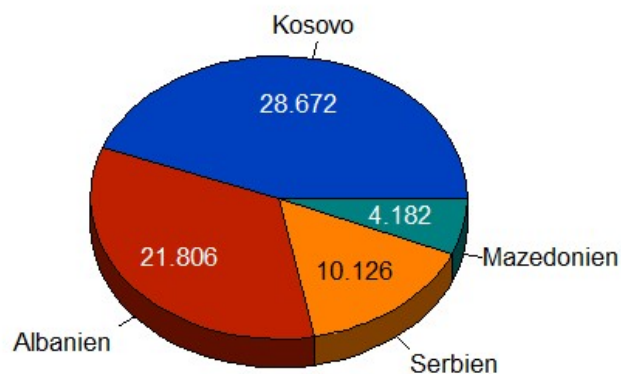
Ein wichtiger Faktor beim Anstieg der Flüchtlingszahlen sind die Schleuser, die bis zur Ankunft in Deutschland tätig werden. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden in Deutschland bereits 1.420 von ihnen verhaftet. Wie im Handel mit Drogen ist der Profit so hoch, daß immer neue Schleuser nachwachsen und die deutschen Grenzen durchlässig machen. Dazu trägt auch das Schengenabkommen bei, das regelmäßige Grenzkontrollen nicht zuläßt, obwohl unsere Nachbarn im Abkommen bemüht sind, die Flüchtlinge möglichst rasch nach Deutschland los zu werden.

2. Sonderproblem West-Balkan

Ein besonderes Problem sind die Asylbewerber vom Westbalkan (Abb. 18940), nicht nur wegen ihres hohen Anteils und der in der Regel vergleichsweise geringen Gefährdung in ihren Heimatländern, sondern auch angesichts der sehr oft unzureichenden schulischen und beruflichen Qualifizierung, was die Integration in Deutschland erheblich erschweren dürfte. Das Statistische Bundesamt bringt die Daten für die Herkunft aus dem ehemaligen Jugoslawien in "Bevölkerung mit Migrationshintergrund -

Ergebnisse des Mikrozensus 2012" (Abb. 18939). Für Albanien und den Kosovo dürften sie noch wesentlich ungünstiger sein. Dabei sind die Westbalkan-Länder mit einer Bevölkerung von 15 Mio. Menschen die Armenhäuser Europas mit einem Sechstel (Kosovo) bis einem Drittel (Serbien) der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung Deutschlands (Abb. 18941).

18940: Asylanträge im 1. Halbjahr 2015 mit Herkunft aus dem West-Balkan in 1.000



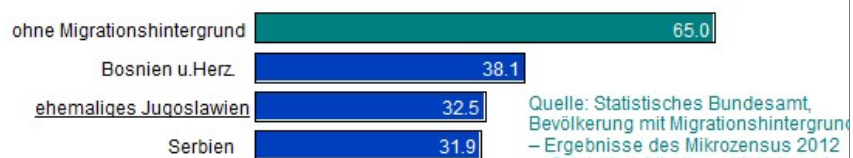
Quelle: BAMF. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

18939: Anteil der Menschen mit berufsqualifizierendem Bildungsabschluß in %

Männer

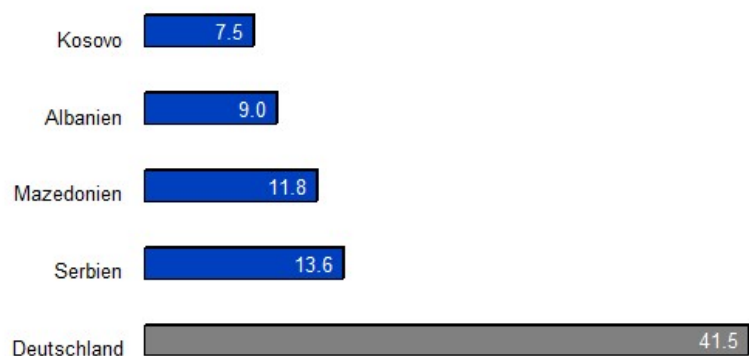


Frauen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2012 – © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

18941: BIP/Kopf in 1.000 Kaufkrafteinheiten



Quelle: IWF. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

3. Kaum Abschiebungen

Lediglich 34.000 Angehörige von Drittstaaten wurden im vergangenen Jahr in Deutschland zur Ausreise aufgefordert. Das waren gerade einmal 10 % verglichen mit der Zahl der in 2014 neuen Asylantragsteller und der aufgefundenen Illegalen. Dagegen wurden beispielsweise in Frankreich umgekehrt 60 % mehr zur Ausreise aufgefordert, als neue Asylanträge gestellt und Illegalen aufgefunden worden waren. Die Bundesregierung selbst zählte für 2014 nur knapp 11.000 tatsächliche Abschiebungen, also verschwindend wenige verglichen mit den Neuankömmlingen. Dabei werden nach Auskunft des Bundesinnenministeriums gut zwei Drittel der Asylanträge abgelehnt. Besonders groß ist das "Vollzugsdefizit" bei der Abschiebung in Nordrhein-Westfalen. Die Zahl der Ausreisepflichtigen stieg von etwas mehr als 26.500 in 2010 auf etwas mehr als 45.000 2014. Ihnen standen nur 2.232 Abschiebungen gegenüber. Wie viele Ausreisepflichtige Deutschland freiwillig verlassen haben oder untergetaucht sind, wird statistisch nicht erfaßt.

Die Abschiebung aus Deutschland von abgelehnten Asylbewerbern oder Illegalen ist aus vielen Gründen besonders schwierig und schwieriger als in anderen Ländern. Vor allem gibt es jede Menge praktischer Probleme, die in

einem internen Behördenbericht mit dem Titel "Vollzugsdefizite", an dem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Bundespolizei und sieben Bundesländer mitwirkten, aufgelistet werden. Als wirksamstes Mittel, um in Deutschland einen Daueraufenthalt zu erzwingen, raten Schlepperorganisationen den Flüchtlingen, keine Papiere vorzulegen. So haben 80 % von ihnen keine Pässe oder sonstige Ausweisdokumente oder behaupten, daß das so sei. Wenn man nicht nachweisen kann, aus welchem Land sie kommen, kann man sie nicht zurückschicken. Auch geben Flüchtlinge immer wieder falsche Herkunftsländer an. Nigerianische Asylbewerber behaupten oftmals, aus Kamerun, Zimbabwe oder Sudan zu stammen. In einigen Fällen kann das dann durch eine Sprach- und Textanalyse widerlegt werden. Doch entstehen dann zusätzliche Kosten und zieht sich das Verfahren weiter in die Länge. Eine besondere Verschleierungsmethode stellen Behörden immer wieder bei somalischen Asylsuchenden fest. Bei ihnen komme es "zu Manipulationen an den Fingerkuppen, um einen Abgleich der Fingerabdrücke zu verhindern", heißt es in dem Behördenbericht.

Immer häufiger klagen abgelehnte Asylsuchende beim Verwaltungsgericht gegen die Entscheidung. Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurde 2014 gegen jeweils vier von zehn Entscheidungen der Behörde geklagt. Nach Ansicht des Vorsitzenden des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter Seegmüller werden beispielsweise in Berlin viele Klagen von Menschen aus Serbien und dem Kosovo eingereicht, deren Aussichten auf Erfolg bei diesen Staaten "nahezu null" seien. Doch damit können Asylsuchende viel zusätzliche Zeit gewinnen, zumal die Gerichte zunehmend überlastet sind und Verfahren entsprechend länger dauern. Auch nach Ablehnung des Asyls kommt es nicht selten zur "Duldung", einer Art Aufenthaltserlaubnis bis eine Abschiebung möglich ist. Nach Angaben der Diakonie Deutschland lebten Ende 2013 rund 94.500 Personen im Duldungsstatus - etwa 10.000 von ihnen schon seit mehr als 15 Jahren.

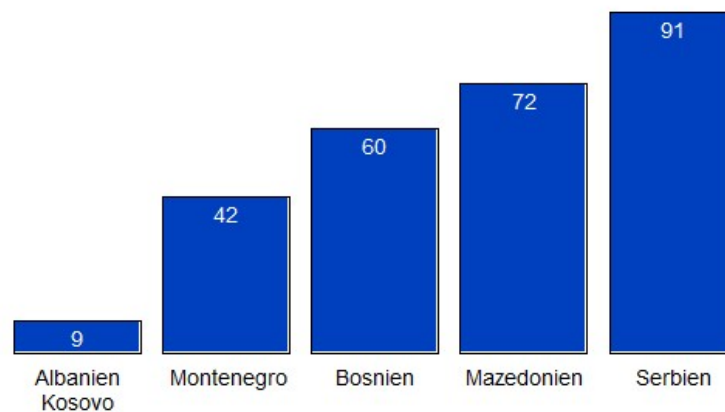
4. Die politische Diskussion

Allerdings läßt der Behördenbericht "Vollzugsdefizite" den Einfluß von "politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf den Abschiebevollzug" nicht unerwähnt. Einzelne Abschiebungen würden häufig von Politikern und Medien so thematisiert, daß sie als inhuman erschienen. "Interessierte Kreise" hätten es geschafft, ein länderübergreifendes Netzwerk aufzubauen, um in diesem Sinne auf allen Ebenen Einfluß zu nehmen. Wenn man die völlig unzureichende Abschiebep Praxis kritisiert, darf man die erhebliche Meinungsmache gegen Abschiebungen nicht unberücksichtigt lassen. Die diese Meinung machen, sind in der Regel von den Belastungen durch den massiven Mißbrauch des Asylrechts nicht selbst betroffen, weil sie fernab der Schwerpunkte zu Hause sind und auch die Konkurrenz auf dem illegalen Arbeitsmarkt nicht befürchten müssen.

Auch vergessen diese Gutmeinenden, daß Deutschland umso attraktiver für den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts wird, je niedriger die Abschiebequote gedrückt wird. Hinzu kommt in Deutschland ein Dauerstreit zur Frage, was sichere Herkunftsländer sind, bei denen die Ablehnung der Asylanträge schneller erfolgen könnte. Insbesondere "Die Grünen" lehnen den Begriff "sichere Herkunftsstaaten" als diskriminierend ab und bestehen auf ausführlicher Einzelprüfung jeden Falles. In anderen EU-Ländern ist die Liste sicherer Herkunftsstaaten weit länger als in Deutschland. So gilt, anders als in Deutschland, Albanien als sicheres Land in Frankreich, Österreich, Belgien, Luxemburg und Großbritannien.

Ein besonderes Thema sind in der deutschen Diskussion die Roma. Man könnte sie als gesamte Volksgruppe unter die Gefährdeten einordnen, weil sie in vielerlei Hinsicht diskriminiert werden. Doch dienen sie in der politischen Diskussion zu Unrecht als wohlfeiles Argument, um die Einordnung der Westbalkan-Länder als "sichere Herkunftsländer" genererell abzulehnen, obwohl Roma beispielsweise bei Albanien und Kosovo, wo mehr als drei Viertel der Asylsuchenden vom Westbalkan herkommen, nur 9 % der Flüchtlinge stellen (Abb. 18942). Auch diese Diskussion ist also wenig ehrlich.

18942: Anteil der Volksgruppe der Roma aus den Herkunftsländern im 1. Quartal 2015 in %



Quelle: FAZ. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Die politische Diskussion in Deutschland vermeidet ängstlich das Thema der erheblichen Probleme bei der Integration von Flüchtlingen. Einzelne Jubelmeldungen über geglückte Integrationen bestimmen die Medienlandschaft. Doch selbst das immer wieder wegen seiner vergleichsweise liberalen Einwanderungspolitik gepriesene Schweden, stößt da auf enorme Schwierigkeiten. Jetzt wurde aus einer Studie bekannt, daß die Hälfte derer, denen vor 10 Jahren Asyl gewährt wurde und die im Lande geblieben sind, weniger als 13.000 Kronen pro Monat verdient, während der durchschnittliche Median bei 23.700 Kronen liegt, also weit unterbezahlt ist. Einer von drei Flüchtlingen ist selbst 10 Jahre später immer noch auf finanzielle Hilfen der Gemeinden angewiesen.

Schließlich ist in unserer politischen Diskussion nun selbst das Wort "Asylmißbrauch", das sich doch eigentlich durch die Fakten aufdrängt, zum Unwort geworden. Es gilt als "rechtsaußen-besetzt". In der "Süddeutschen Zeitung" erschien vor einigen Tagen ein Kommentar, in dem dieses Wort als ein vernichtend-paranoider Begriff gebrandmarkt und vor der Gefahr einer "Apokalypse des Hasses" gewarnt wurde.

* * * * *

Hier können Sie diesen Rundbrief bewerten.
